

- ▶ Kolumne
- ▶ EU-Seminar an Buchener Gymnasium

Seite 1

- ▶ Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Seite 2

- ▶ Aufgelesen
- ▶ Wegweiser Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Seite 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Mäusetheater“ nannte ein erfahrener Politikbeobachter die politischen Rängeleien im Deutschen Bundestag um die Griechenland-Hilfe. Und ein SPD-Experte im Europäischen Parlament bedauerte die monatelang verlorene Zeit als die Regierungschefs und Finanzminister endlich einen Schutzdamm um den Euro zogen.

Tatsächlich: Das Hochwasser war schon früh im Jahr sichtbar. Das Europäische Parlament verlangte schon im Februar auf sozialdemokratisches Drängen Maßnahmen gegen die Währungsspekulanten. Die Regierungschefs beschlossen sie erst im Mai als ihnen das Wasser bis zum Hals stand.

In letzter Sekunde wurde der Damm zum Schutz der europäischen Währung fertig und bricht hoffentlich nicht.

Als sich die Mitgliedsstaaten zur Gemeinsamkeit durchgerungen hatten, hat sich Europa wieder einmal als starke Macht in der Welt bewährt, die mit dem Blick auf die Menschen, nicht die Märkte – schon gar nicht die Finanzmärkte – das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger sichert, das sie sich erarbeitet haben.

Ihre



Mit der Schirmherrin Evelyne Gebhardt begrüßten die Gastgeberinnen und Gastgeber Eltern und Kinder beim Weltkinderfest in Künzelsau in fast einem Dutzend Sprachen.

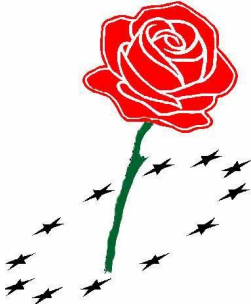
Türkischer Weg nach Europa

Europa war das Thema eines Seminarkurses der elften Klassen des Burghardt-Gymnasiums in Buchen im Odenwald. Zum Abschluss hatten die Schülerinnen und Schüler ihre Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt als Diskussionspartnerin eingeladen und den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union in den Mittelpunkt gestellt.

Die Heidelberger Rhein-Neckar-Neckar-Zeitung als führendes Lokalblatt im Odenwald berichtete unter der Überschrift „Zeit für

EU-Beitritt der Türkei noch nicht reif“ ausführlich über das Projekt der Elftklässler. Unter anderem schrieb die Zeitung: Die Schüler hatten das Thema Türkei, Aufnahme in die EU, ja oder nein, in den Fokus gestellt. Evelyne Gebhardt äußerte sich zunächst mit einem grundsätzlichen Ja, korrigierte dann aber: „Wenn die Türkei alle Aufnahmekriterien erfüllt, dann ja.“ Wichtigster Aufnahmeaspekt schien ihr die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte zu sein.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 5/2010, 12. Mai 2010



(Fortsetzung von Seite 1)

Der Zeitungsbericht verwies außerdem auf die sehr sachliche Diskussion, die die Schülerinnen und Schüler führten, und deren Ergebnis in einer „Volksabstimmung“: 34 der Elftklässler waren für den Beitritt und 20 dagegen. In einer Probeabstimmung vor dem Besuch der Abgeordneten war noch die überwiegende Mehrheit gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union.

Dem Schutz der Verbraucher gedient

„Mit dem RAPEX-Jahresbericht 2009 zur Produktsicherheit hat John Dalli dem Schutz der Verbraucher in Europa gedient.“ So begrüßte die Verbraucherschutz-Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament Evelyne Gebhardt die Vorstellung dieses Berichts des europäischen Kommissars für den Verbraucherschutz.

„Es ist erschreckend, wie viele gefährliche Konsumgüter Woche für Woche in das europäische Schnellwarnsystem für unsichere Produkte RAPEX aufgenommen werden müssen“, erklärte die SPD-Abgeordnete. Allein im Jahr 2009 sind knapp 2000 Warnungen vor Produkten registriert worden, die gefährlich sind oder nicht den Standards der Europäischen Union entsprechen. Ein Teil dieser Produkte wurde in Deutschland hergestellt.

Besonders häufig aufgelistete Produkte sind gefährliches Spielzeug und Kleidung für Kinder. Mit Hilfe der Marktüberwachung durch RAPEX kann verhindert

werden, dass sie in die Läden kommen. „RAPEX dient der Sicherheit und Gesundheit der Verbraucher“, unterstrich Evelyne Gebhardt, „deshalb muss dieses Frühwarnsystem von den Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission besser genutzt werden, damit unsichere Produkte gar nicht erst auf den europäischen Markt gelangen.“ Es dürfe nicht sein, dass manche Länder bis zu 200 Meldungen schicken und andere nur ganz wenige. Evelyne Gebhardt: „Staaten, die RAPEX auf die leichte Schulter nehmen, machen sich zum Einfallstor für die Gefahr.“

Die sozialdemokratische Verbraucherschützerin betont außerdem: „Marktbeobachtung ist ja schön und gut, jedoch plädiere ich für eine bessere und effektivere Kontrolle schon bei der Einfuhr. Ich fordere außerdem von der Kommission, dass sie ernste Gespräche mit den exportierenden Staaten führt, um auszuschließen, dass unsichere oder schädliche Produkte überhaupt hergestellt werden.“

Deutschland endlich aufgewacht

Die seit Jahren mit grenzübergreifenden Scheidungen befasste Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt begrüßte in Brüssel die Entscheidung der Bundesregierung, grenzüberschreitende Scheidungen zu erleichtern und durch die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen EU-Staaten für mehr Rechtssicherheit zu sorgen.

„Angesichts von weit über 100 000 Trennungen binationaler

Partnerschaften ist die gegenwärtige Rechtszersplitterung eine vermeidbare Belastung für die Betroffenen“, erklärte die Sozialdemokratin und fügte hinzu: „Endlich ist auch die Bundesregierung aufgewacht.“

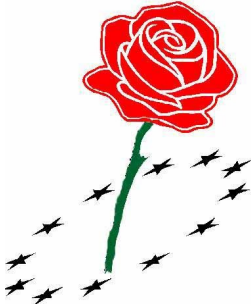
„Probleme, die bei grenzüberschreitenden Scheidungsfällen entstehen, können nun endlich beiseite geschafft werden. Mit Deutschlands Beteiligung kommen wir einer einheitlichen Rechtsprechung in Europa immer näher“, so die Evelyne Gebhardt abschließend.

Nachdem ein Vorschlag der EU-Kommission zur Vereinfachung der Trennung binationaler Partnerschaften an Schweden gescheitert war, hatte die Kommission eine verstärkte Zusammenarbeit vorgeschlagen. Das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit ermöglicht eine in Europa weitgehend einheitliche Rechtsprechung, auch wenn sich nicht alle EU-Staaten beteiligen können. Bisher haben in der Frage der Scheidungen zehn Mitgliedsstaaten davon gebrauch gemacht. Deutschland ist das elfte Land, das einen Antrag stellt.

Europäische Aufsicht für Finanzmärkte

Der Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat sich eine neue Architektur der Finanzmarktaufsicht in Europa vorgeknöpft. „Zentraler Punkt ist die europäische Aufsicht für grenzüberschreitende Finanzinstitute. Wenn Akteure und ihre Geschäfte ein potentielles Risiko für das gesamte Finanzsystem darstellen, muss

(Fortsetzung auf Seite 3)



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 5/2010, 12. Mai 2010



(Fortsetzung von Seite 2)

Europa die Verantwortung übernehmen“, stellt der SPD-Europaabgeordnete Dr. Udo Bullmann klar. „Der im Wirtschaftsausschuss gefundene Kompromiss ist daher ein wichtiger Schritt nach vorn. Uns geht es darum, effiziente Aufsichtsstrukturen zu schaffen, die den Problemen auf den Märkten auch gewachsen sind.“

Drei neue Aufsichtsbehörden sollen in Zukunft Banken, Versicherungen und den Wertpapierhandel überwachen. Darüber hinaus wird ein Risikorat eingerichtet. Er soll frühzeitig vor Krisen warnen und nach dem Willen des EU-Parlaments falls nötig den Ernstfall ausrufen. „Wir haben uns für eine Stärkung des Risikorats eingesetzt, sowohl beim Zugriff auf relevante Informationen als auch bei der Einbeziehung unabhängiger Experten. Das ist im Sinne der Verbraucher“, betont Bullmann. Er begrüße außerdem, dass der Risikorat in Frankfurt angesiedelt sein soll.

Mit Blick auf die zögerliche Haltung des Ministerrats bei der Finanzmarktregulierung sagt Bullmann: „Wer im 21. Jahrhundert immer noch glaubt, globale Finanzmarktkrisen mit nationalen Rezepten verhindern zu können, hat in den vergangenen Monaten offensichtlich nichts gelernt.“ Besonders ärgerlich sei die Bremserrolle der deutschen Bundesregierung. „Vollmundigen Absichtserklärungen Merkels müssen endlich einmal Taten folgen. Die Gesetze zur Finanzaufsicht wären eine gute Gelegenheit, den Willen zur Regulierung der Finanzmärkte unter Beweis zu stellen“, so der Sozialdemokrat.

Grünes Licht für grüne Autos

Die Entwicklung von Elektrofahrzeugen soll auf europäischer Ebene besser koordiniert und einheitliche Standards geschaffen werden. Das geht aus einer entsprechenden Resolution zur Weiterentwicklung der Elektromobilität hervor, die das Europäische Parlament verabschiedet hat.

„Elektromobilität kann zur Erneuerung der Mobilitätswirtschaft in Europa beitragen und damit die industrielle Basis stärken und Arbeitsplätze sichern“, betonte der SPD-Abgeordnete Bernd Lange in seiner Rede im Plenum. Dazu seien aber klare politische Strategien nötig. So müsse endlich die Standardisierung vorgebracht werden. „Es darf kein Steckerchaos geben“, warnte Bernd Lange.

Der Europaabgeordnete verlangte, dass E-Mobilität realistisch angepackt werden müsse: „In die Entwicklung von Batterien muss noch viel Kraft fließen, bis wir ein Niveau erreicht haben, um mit den herkömmlichen fossilen Antrieben mithalten zu können. Einen großen CO₂-Einsparungsvorteil kann es nur geben, wenn wir den notwendigen Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugen.“ Gleichzeitig betont Bernd Lange die Notwendigkeit, E-Fahrzeuge in ein gemeinsames Verkehrssystem einzubinden, damit jeder nach seinem Bedarf das beste Mobilitätsangebot (E-Fahrzeuge, Roller, Fahrräder und ÖPNV) wahrnehmen kann. Dies gelte insbesondere für städtische Bereiche.

Für den Automobilexperten Lange ist es besonders wichtig, dass das Europäische Parlament auch die Konsequenzen der E-Mobilität berücksichtigt. „Elektrofahrzeuge

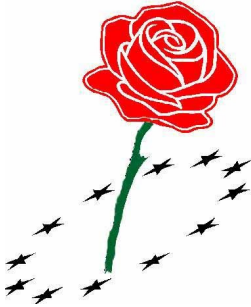
bedingen eine große Veränderung in der Produktion und Zulieferkette. Das muss sozial verantwortlich gestaltet werden“, stellte der Sozialdemokrat klar.

Lobbyregister noch unvollständig

„Rechtsanwaltsbüros, Think-Tanks, aber auch eine Anzahl von Firmen und Organisationen fehlen bisher in dem gemeinsamen Lobbyregister von Parlament und Kommission“, sagte der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen, sozialdemokratischer Vertreter in der zuständigen Arbeitsgruppe, nach der ersten Arbeitssitzung mit der neuen EU-Kommission und dem zuständigen Kommissar Maros Sefcovic. Parlament und Kommission wollen in den kommenden Monaten darauf hinarbeiten, diese Lücken im Lobbyregister zu füllen. Das Verweigern der Registrierung soll für die betroffenen Einrichtungen zu Nachteilen bei den Kontakten mit den EU-Institutionen führen. Bis Ende Juni 2010 sollen die Vereinbarungen über das Management des Brüsseler Lobbyregisters in der Arbeitsgruppe abgeschlossen sein.

Vereinbart wurde auch ein Mechanismus für Sanktionen bei Verletzung der Regeln im Verhaltenskodex für Interessenvertreter in Brüssel.

Anders als in den USA sind Lobbyregister in den meisten europäischen Ländern unbekannt. „Das Projekt 'Lobbyregister bei den EU-Institutionen' ist deshalb Vorreiter und Modell einer besseren Kultur des Regierens in Brüssel, aber auch in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten“, sagte Jo Leinen.



Arzneimittel bald sicherer

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit hat den Vorschlag der EU-Kommission zur Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen gebilligt. Die Zahl von gefälschten Medikamenten hat in den letzten Jahren bedrohlich zugenommen. Deshalb haben die Abgeordneten mit großer Mehrheit für die Einführung von Sicherheitsmerkmalen und die Rückverfolgbarkeit für alle verschreibungspflichtigen Medikamente gestimmt. „Nur wenn der Weg, den die Medikamente vom Hersteller bis zum Patienten gehen, lückenlos überwacht wird, können Fälschungen wirksam bekämpft werden“, betonte die SPD-Abgeordnete Dagmar Roth-Behrendt.

Auch der Internethandel von Medikamenten soll stärker kontrolliert werden. Ein Qualitätssiegel auf der Webseite der Internetapotheke wird den Patientinnen und Patienten zukünftig zeigen, welche Internetapotheke für den Verkauf von Medikamenten zugelassen ist.

Aufgelesen

„Wenn wir heute die Europäische Union schwächen, stärken wir damit nicht die Nationalstaaten, sondern wir schwächen sie“, sagte Parlamentspräsident Jerzy Buzek im Rahmen der Humboldt-Reden zu Europa in Berlin.

Wegweiser Europa

Online-Auslandsberater für Jugendliche

Welche Auslandsaufenthalte können auch kurzfristig noch realisiert werden? Welche Programmarten kommen für Jugendliche ab 16 in Frage? Gibt es vielleicht Fördermöglichkeiten? Orientierung in diesen und ähnlichen Fragen bietet der Online-Auslandsberater von Eurodesk Deutschland. Anhand von sieben Fragen u.a. zu Alter, Aufenthaltsdauer, Ausbildungsstand und Reiseziel ermittelt das Online-Tool die passenden Programmarten und Fördermöglichkeiten. Alle Angaben werden anonym erfasst. Die Ergebnisse des Systems sind programmneutral, trägerübergreifend und berücksichtigen insbesondere Förderprogramme und Stipendien.
<http://www.rausvonzuhause.de>

EU für Fluggastrechte

Passagiere, die wegen der Aschewolke von Flugausfällen betroffen waren, bekommen Hilfe von der EU, um ihre Rechte gegenüber den Fluggesellschaften einzufordern: Unter http://ec.europa.eu/consumers/ecc/index_en.htm steht ein Informationspaket samt Beschwerdeformular zur Verfügung (obwohl die Internetseite englischsprachig ist, steht das Paket auch in deutscher Sprache zur Verfügung). Auch die Europäischen Verbraucherzentren stehen als Anlaufstellen zur Verfügung: <http://www.euroinfo-kehl.eu/>

Terminhinweise

19. Mai

**Was? Besuchergruppe
Gymnasium Königsbach**

Wo? Straßburg

20. Mai

**Was? Besuchergruppe
Gymnasium Vaihingen**

Wo? Straßburg

18. Mai

**Was? Besuchergruppe
Gymnasium Marbach**

Wo? Straßburg

24.–30. Mai

Was? China-Delegation

4.–6. Juni

Was? ASF-Bundeskonferenz

Wo? Bonn

11. Juni

Was? Synode des ev. Kirchenbezirks Öhringen

Wo? Öhringen

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt
und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint
am 10. Juni 2010.